

# Erzgeb. Volksfreund.

Tageblatt für Schneeberg und Umgegend.

**Amtsblatt** für die königlichen und städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Gartenstein, Johannegeorgenst., Röhricht, Reustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg und Wildensfels.

Spezial-Druck und Verlag von C. R. Gärtner in Schneeberg.

Nr. 265.

Erscheint täglich mit Ausnahme der  
Sonn- und Festtage.  
Preis vierteljährlich 1 Mark 80 Pfennige

Dienstag, 14. Novbr. 1893.

Einzelnummern: die gewöhnliche Heft-  
10 Pfennige, die zweifelhafte Heft-  
Interate 25 Pfennige

46.  
Jahrgang.

## Zugelaufen

ist hier ein schwarzer Hund ohne Steuerzeichen. Derselbe wird, wenn nicht bis zum 16. d. Mts. zurückgeführt, getödtet werden.  
Gartenstein, am 11. November 1893.

Der Stadtrat.  
Forberg, Bergmstr.

## Konkursverfahren.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Fabrikant Carl Gustav

Schäfer in Bernsdorf ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Vertheilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlussfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke der Schlusstermin auf

den 7. Dezember 1893, Vormittags 10 Uhr

vor dem königlichen Amtsgerichte hier selbst bestimmt.

Schwarzenberg, den 11. November 1893.

Secretär Oeser,  
Gerichtsschreiber des königlichen Amtsgerichts.

## Tagesgeschichte.

Schneeberg, am 12. November.

### Wochenschau.

Das Interesse der Gegenwart ist nicht von den Erscheinungen der Vergangenheit, sondern von den Bildern in Anspruch genommen, die die nächste Zukunft vor uns aufrollen soll. Hier und da ist schon mit dem Anschein des Halbamtlichen der Schleier gelüftet, welcher die Reichs-Finanzvorlagen vor den Augen der neugierigen Menge verbirgt, die sich gerne früh genug, so lange sie ihre Reichsböden noch zu Hause hat, eine Idee davon machen möchte, auf welche Weise sie ihr Geld zu den notwendigen Millionen hergeben soll. Aber diese Offenbarungen geschähen leider immer nur in homöopathischen Dosen, wie solches seit einigen Jahren Mode geworden ist, und durch eine nicht verantwortliche Quelle. Uns wundert, daß Herr Riquel zu solchem Verstedensspiel seine Zustimmung gegeben hat.

Ganz vortrefflich ist das Ziel, welches der Gesetzentwurf über die anderweitige Regelung des Reichsfinanzwesens im Auge hat; aber der Weg, den er einschlägt, ist wenig erfreulich. Das Ziel ist, die Einzelstaaten nicht nur von der Gefahr, zu den Ausgaben des Reiches aus ihren Mitteln beisteuern zu müssen, zu befreien, sondern ihnen auch eine Einnahme vom Reiche in einem bestimmten Mindestmaße zu sichern. Matrilinearbeiträge in dem Sinne, wie ihn die Reichsverfassung kennt, sollen nicht mehr nötig sein; dagegen soll der seiner Zeit mit der Frankenstein'schen Klausel verfolgte Gedanke einer reichlichen Verjüngung der Einzelstaaten aus den Steuerquellen des Reiches durch die Einführung einer festen Dotation erst seine vollständig gesicherte Verwirklichung erlangen. Ist es aber zur Erreichung dieses Zieles notwendig, den schwerfälligen Apparat einander paralysirender Matrilinearbeiträge und Ueberweisungen, wie er durch die Frankenstein'sche Klausel geschaffen worden, noch künstlicher und verschrobener und obendrein noch verfassungswidriger zu gestalten? Die Frankenstein'sche Klausel ging gegen die Verfassung, indem sie Erträge der Zölle und der Tabaksteuer, welche nach Art. 38 der Verfassung hätten in die Reichskasse fließen müssen, den Einzelstaaten überwies und dadurch die Forterbgebung von Matrilinearbeiträgen notwendig machte, während dieselben nach dem Geiste der Verfassung gar nicht hätten in Anwendung kommen dürfen. Immerhin aber behielten die Matrilinearbeiträge, nachdem die Verfassung auf diese Weise thatsächlich abgeändert war, ihre ursprüngliche Bestimmung, der bewegliche Factor in der Balancirung des Reichsetats zu sein, die Ausgaben des Reiches je nach dem Maße des anderweit nicht gedeckten Bedürfnisses zu bestreiten. Nach dem jetzt vorliegenden Entwurfe aber wird ihnen durch ihre relative Fixirung diese Beweglichkeit zur Hälfte genommen. Nur wenn sie um mehr als 40 Millionen hinter dem Gesamtbetrage der gesetzlichen Ueberweisungen zurückbleiben, behalten sie ihre Variabilität; ist die Differenz von 40 Millionen erreicht, so ist eine weitere Steigerung der Matrilinearbeiträge ausgeschlossen, d. h. dieselben sind, falls ein noch ungebederter Ausgabebetrag vorhanden ist, nicht mehr im Stande, ihren verfassungsmäßigen Beruf zu erfüllen. Da drängt sich denn doch mit unübersteiglicher Gewalt die Frage auf: warum in aller Welt, wenn doch schon einmal es eine große, grundlegende Reform zu schaffen gilt, bricht man denn nicht mit einem ans Monströse streifenden System und kehrt zu dem natürlichen Verhältnis zurück, daß dem Reiche die ihm verfassungsmäßig zustehenden Einnahmen verbleiben und es aus denselben an die Einzelstaaten abzugeben hat? Muß wiederum nur aus handelspolitischen Rücksichtnahme auf das Centrum ein offenes Reichsinteresse drangegeben und die widersinnige Frankenstein'sche Klausel gespart werden?

Aus dem Steuerbouquet krystallisiert sich die Tabaksteuer am klarsten heraus und erweckt bei Fabrikanten und

Consumenten viel Widerspruch. Im Interesse der letzteren kann nicht oft und laut genug darauf hingewiesen werden, daß man damit umgeht, die theuren importirten Cigarren auf Kosten der billigeren, im Inlande gearbeiteten zu schonen, während es nach der Meinung der ungeheuern Mehrheit des deutschen Volkes umgekehrt sein sollte. Eine Kiste von 1000 Stück importirter Cigarren von großem Format wiegt etwa 7, Ko., die Steuer für dieses Quantum beträgt, da 100 Ko. mit 400 R. belegt werden, 30 R., u. z. für alle Preislagen, einerlei ob das Tausend 200 oder 2000 R. kostet. Bei kleinerem Format fällt der Zoll noch billiger aus. Dahingegen sind die im Inlande fabricirten Cigarren ein für allemal mit einem Drittel ihres Facturawerthes belastet; das macht bei einer mittleren Cigarre von 100 R. pro Tausend bereits 33 1/2 R. Steuer. Dazu kommt aber bei importirtem Tabak noch der Zoll von 40 R. auf 100 Ko. Tabakblätter, oder, da man aus 100 Ko. etwa 11000 Cigarren herstellt, von 3,64 R. pro Tausend. Das ergibt 37 1/2 % Zoll- und Steuer-Aufschlag. So viel allermindestens müßten die Import-Cigarren auch bezahlen; nach den niedrigsten Preisen für importirte Cigarren berechnet, also nicht 400, sondern 700 R. Zoll für 100 R. Es ist aber kein Grund ersichtlich, warum der Verschwenker, der für eine einzige Cigarre den Preis von mehreren Mark bezahlt, geschont werden, warum der Zoll nicht auch mindestens in gleich bleibendem Procentsatze von 37 1/2 % mit dem Werthe steigen soll. Wenn in Folge dessen etwa der Import theurer Cigarren nachließe, so würde sich vielleicht das bisher jene theuren Sorten konsumirende Publikum dem inländischen Fabricate zuwenden und damit die Gefahr beschwören helfen, die einer großen Zahl unserer Cigarrenarbeiter durch Verlust der Arbeitsgelegenheit droht. Gelingt dies letztere, so würde die Steuer so viel abwerfen, daß sie weit unter dem Satze von 1/2 des Facturawerthes bemessen werden könnte.

Die definitiven Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus haben den konservativen Parteien in Summa eine ansehnliche Verstärkung, aber doch nicht ganz die Majorität verschafft; das Centrum hat 4, die Freisinnigen haben zusammen 10 Mandate eingebüßt. Die freisinnige Volkspartei kann mit ihren 14 Mitgliedern keine selbständige Anträge mehr stellen. Das dankt sie allein ihrem lieben Eugen.

Der künftige österreichische Premierminister Fürst Windischgrätz soll für sein neuzubildendes Kabinett bereits die Sanction des Kaisers erhalten haben, nähere Nachrichten darüber stehen zur Zeit noch aus.

Ungarn ist durch die königliche Zustimmung zur Einbringung der Civilehevorlage einer schweren Krise entgangen, die nicht bloß die Regierung, sondern auch die Parteien und das Parlament bedrohte. Als sich am Mittwoch in Pest die Nachricht verbreitete, der Ministerpräsident Bekerele lehre Abends mit der königlichen Zustimmung zur Civilehevorlage aus Wien zurück, war überall großer Jubel. Auch die Wiener Blätter besprechen die königliche Entscheidung in sehr sympathischer Weise. Das „Fremdenblatt“ betont, daß für Oesterreich die politische Seite des kirchenpolitischen Streites in Ungarn besondere Bedeutung habe. Für Oesterreich habe es in erster Linie geolten, die Frage zu beantworten, ob das Cabinet Bekerele, das von dem Vertrauen der gesammten liberalen Partei getragen und gestärkt wird, nicht über die formalen Schwierigkeiten der Frage straucheln, ob es im Stande sein werde, jene Zusagen einzulösen, die es bei der Uebernahme der Regierungsgeschäfte gemacht hatte und auch machen mußte, um die liberale Partei innerlich zu festigen und in dem großen entbrannten Widerstreite die Autorität der Regierung kraftvoll zu behaupten. Eine Sprenzung oder Auflösung der liberalen Partei käme einer Erschütterung der Verhältnisse in Ungarn gleich, deren Rückwirkung das ganze Reich empfinden würde. Auf den Schultern der liberalen Partei ruhe die legale und ruhige Entwicklung Ungarns, ruhe das große Gebäude des Ausgleichs. Es gebe wohl schwerlich Jemanden in Oesterreich, der nicht

den Sturz des Cabinets Bekerele und den Zerfall der liberalen Partei als ein schweres Unglück betrachtet hätte, als den Anfang unklarer Verhältnisse und einer düsteren Zukunft. Das Cabinet Bekerele vertraue nunmehr der eigenen Kraft und der Macht der von ihm vertretenen Grundzüge. Die Bahn sei frei, und die ungarischen Staatsmänner würden sie gewiß mit Zuversicht und Entschlossenheit betreten. Vor ihnen thürme sich kein Hinderniß auf, vor dem sie zurückweichen müßten und auf dem die bunt zusammengewürfelte Opposition voreilig schon emporklimmen wollte. — Die magnatische Opposition hat zwar noch nicht die Waffen ganz gestreckt, aber es ist wohl kaum anzunehmen, daß sie es im Widerspruch mit der öffentlichen Meinung und dem Willen der Krone wagen wird, die Ehegesetzreform aufzuhalten. Denn wenn sie wiederum mit der Behauptung hervortreten wollte, die Krone habe nur widerwillig ihre Einwilligung zur Einbringung des Ehegesetzes gegeben und die Regierung habe die Krone in einen Gewissensconflict gebracht, dann würde Ministerpräsident Bekerele solche Behauptungen mit vollem Rechte als das Bezeichnen können, was sie sind: als Mißbrauch des Namens der Krone, die sich offen an die Seite ihrer Räte gestellt hat.

Das griechische Ministerium hat sich trotz vielen Balancirens nicht halten können; es demissionirte am Donnerstag, und der König beauftragte Trikupis mit der Neubildung des Cabinets.

### Deutschland.

Berlin, 10. Nov. Die unerwartete Demission des Vize-Admirals Schröder ist einigermaßen aufgefallen. Die „Post. Ztg.“ schreibt dazu, es habe den Anschein, als ob die Führung der großen Flottenmander in diesem Herbst unter keinem guten Stern gestanden wäre. Von den einzelnen Divisionen befehligen den Geschwaderchef sei: 1. Vize-Admiral Schröder zur Disposition gestellt, 2. Kontre-Admiral Karcher, Chef der II. Panzerdivision, von diesem Kommando entbunden und durch Kontre-Admiral v. Dieblich ersetzt, 3. Kontre-Admiral v. Pawelsz, Chef der III. Division, zur Disposition gestellt worden. Nur Kontre-Admiral Thomsen, der während der Mander die vierte Division befehligte, habe unmittelbar nach Schluß der Mander eine höhere Ordensdecoration erhalten. Es sei anzunehmen, daß auch die nächsten Wochen erneute Personalveränderungen in den höheren Kommandostellen bringen würden, die allerdings in erster Linie in Beförderungen bestehen dürften. Vize-Admiral Schröder steht erst im Anfang der fünfziger Jahre.

Berlin, 11. Nov. Nachdem das im Judenflinten-Prozess wider Ahlwardt gefällte Urtheil rechtskräftig geworden ist, war mit den Ueberbleibseln des Prozesses aufzuräumen. In den Verwahrungskammern des Gerichtes lagen noch 50 000 beschlagnahmte Judenflinten-Geste, die nach dem rechtskräftigen Urtheile vernichtet werden mußten. Das ganze Material wanderte, wie die „B. Pr.“ berichtet, in die Heizung des Gerichtsgebäudes. Zum großen Theile waren die Druckbogen noch nicht gefalzt und geheftet, ganze Ballen verschlang das Feuerloch eines riesigen Dampfessels. Da Papier aber sehr langsam verbrennt, so dauerte die Verbrennung drei Tage. Der Dampfchornstein auf dem Kriminalgerichte warf zuweilen derartige Rauch- und Aschenmengen aus, daß die nächste Umgebung von weißen Floden wie nach einem Schneefalle bedeckt war. Einmal erkundigte sich sogar die Polizei danach, ob ein Brand ausgebrochen sei. Die Verbrennung fand unter strengster Aufsicht statt. Am Mittwoch wurden der Firma Ludwig Löwe die Bücher — ein ganzer Wagen voll — ausgehändigt, die während des Prozesses beschlagnahmt worden waren.

München, 11. November. Den „Neuesten Nachrichten“ zufolge hat der Prinzregent den Prinzen Leopold zum Generalinspekteur der bayerischen Armee ernannt.

Billingen, 11. Novbr. Bei der gestrigen Sejagwahl im 2. badischen Wahlkreise (Bonndorf, Donaueschingen)